

Lieber Landesvorstand...

Satzungsantrag zum Landesparteitag 2016.1 zur Aufhebung der Doppel-Mitgliedschaft, Inkrafttreten ggfs. erst vorbehaltlich Befassung des gleichlautenden Antrages auf Änderung der Bundessatzung soweit gem. § 14 der Bundessatzung der Partei keine länderrechtlichen Regelungen wirksam (getroffen) werden können, die Regelungen auf Bundesebene zuwiderlaufen.

Redaktioneller Hinweis: Die Antragseinreichung per Fax folgt dem Grundsatz, juristisch frei von Zweifeln den fristwährenden Zugang des Antrages nachzuweisen! Der Versuch, den Antrag im "wiki" einzustellen, musste abgebrochen werden, weil die Seite "benutzerdefiniert" ist und Dritte ohne Anmeldung dort NICHT einstellen können. Dies widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz aller Parteimitglieder. INNEN, denen qua Satzung das Recht eingeräumt ist, Anträge zu stellen & damit den Grundsätzen einer Politik, die "barrierefrei" Zugang zu den Parteigliederungen zu ermöglichen bzw. zu gewährleisten hat.

(Dieser Passus ist nicht Teil des Antrages selbst!)

Vorrangig möge der LPT 2016.1. beschließen, die Möglichkeit der Doppel-Mitgliedschaft in der Piratenpartei und anderen Parteien aufzuheben.

Sinngemäß ist in die Satzung neu einzufügen: "Eine Doppel-Mitgliedschaft ist bei der Piratenpartei ausgeschlossen. Mit dem Eintritt erklärt das neue Mitglied, dass es nicht anderen, konkurrierenden Parteien angehört."

Soweit dem § 14 der Bundessatzung (Bundessatzung bricht Landessatzung) entgegensteht, wird der Landesvorstand beauftragt, dazu eine rechtliche Klärung herbeizuführen, in wieweit hier die Bundessatzung mit rechtsstaatlichen und verfassungsrechtlichen Grundsätzen noch übereinstimmt, die parteiinternen Regelungen übergeordnet & insofern parteiintern zu berücksichtigen sind.

Nachrangig, soweit dieser Antrag evtl. wegen Bedenken zur Rechtssicherheit & ggfs. Notwendigkeit der rechtlichen Klärung nicht angenommen werden sollte:

folgt Seite 3

Der Landesparteitag 2016.1. möge vorbehaltlich der Entscheidung des nächsten BPT zur Änderung des A. § 2, Abs. 3 (Doppel-Mitgliedschaft) der Bundessatzung zunächst als Initiativantrag des LPT (ggfs. Aufforderung/Absichtserklärung) an den BPT beschließen, die Doppel-Mitgliedschaft in Gänze aufzuheben...

Begründung:

Der Landesverband Rheinland-Pfalz wird als lernende Gemeinschaft damit initiativ tätig, um einen weiteren, bestehenden Systemfehler bzgl. der öffentlichen Wahrnehmung der Piratenpartei bzw. der Wählerschaft zu beseitigen, der draußen am "point of sale" (Wahltag) den WählerINNEN nicht (mehr) vermittelbar ist. Soweit viele Argumente ausgetauscht sind, reduziere ich mich hier auf die meines Erachtens drei wesentlichen:

Als sich Menschen in der Gründerphase der Piraten zusammengefunden hatten, waren es Politikinteressierte mit z. T. ansonsten unterschiedlichen weltanschaulichen Ansichten (z.B. Wirtschafts- oder Sozialpolitik), aber gemeinsam beseelt in dem Glauben technische Möglichkeiten für eine bessere, demokratischere Abbildung des tatsächlichen WählerINwillens nutzbar zu machen. Dazu genügte seinerzeit eine Plattform, die im Wesen mehr einer SPV (sonstigen politischen Vereinigung) als einer Partei entsprach.

Soweit inzwischen die Partei lobenswerterweise an programmatischer Dichte gewonnen hat & über nur angestrebte BürgerINbeteiligung hinaus eigenes Profil entwickelt, verlangt ein eigenständiges, unverwechselbares Politikangebot nach eben solchen MitgliederINNEN: Schließlich sind diese in der öffentlichen Wahrnehmung (imagebildend) die erste Anlaufstelle/Kontaktaufnahme für Dritte.

Überzeugungsarbeit kann nur dort nachhaltig geleistet werden, wo sich die Grundeinstellung, bzw. das Sendungsbewusstsein der MitgliederINNEN als Identifikation mit einer Partei darstellt: Niemand kann zwei geschlossene Weltbilder überzeugend bzw. glaubwürdig gegenüber Dritten vermitteln, jedenfalls nicht gleichzeitig. Insofern ist auf Identifikation der MitgliederINNEN mit "ihrer" Partei hinzuwirken.

* Eine Einflussnahme von außen durch "Zweit- oder Dritt-Gläubige" zu dem Zweck der Partei zu schädigen, wird durch Doppel-Mitgliedschaft verstärkt.

Soweit A § 2, Abs. 3, der Bundessatzung nur beinhaltet: "Die Mitgliedschaft in einer Organisation oder Vereinigung, deren Zielsetzung den Zielender Piratenpartei widerspricht, ist nicht zulässig" erscheint dieses Satzungsstück aber nutz- & wirkungslos, weil der Datenschutz allen MitgliederINNEN das Recht belässt, sich selbst zur eigenen Doppel-Mitgliedschaft zu äußern.

Wer soll/kann zudem den Abgleich machen bei "konkurrierenden Zielen"??

* Parteien konkurrieren miteinander, zumindest da, wo sie zu Wahlen antreten. Insofern sind nach demokratischem Verständnis (& so das der meisten WählerINNEN), keine Gewissens-/Loyalitätskonflikte zu fördern, die allein darauf beruhen, dass zur freien Entscheidungsfindung widerstrebende Positionen zu vereinbaren sind, die auf unterschiedlichen Mitgliedschaften beruhen. folgt Seite 3

*****Zur Tischvorlage beim LPT bzw. zum Einstellen auf den LPT-Seiten*****

Der Antrag wird sinngemäß gleichlautend auch zur Änderung der Bundessatzung gestellt, zumal die Landesatzung auf die Bundesregelung zurückgreift.

Zum BPT liegt bereits ein Antrag (SÄA 013) vor, der aber nur die Abschaffung der Doppel-Mitgliedschaft für Amts-/MandatsträgerINNEN fordert. Dies greift nachweislich zu kurz & ist zudem problembehaftet, weil wider dem Prinzip der Gleichbehandlung aller nicht zwischen der Wertigkeit von Partei-Mitgliedschaften von "Basis-" und ... "Premium-Piraten" unterschieden werden darf. Außerdem greifen andere Vorgaben bzgl. der Amts-/Mandatsausübung.

Dieser Antrag an den LPT kann nicht mehr als eigenständiger (ggfs. Ergänzung s. o!) auf dem aktuellen BPT behandelt werden. Es liegt am Versäumnis des Antragsstellers, der übersehen hat, dass für Antragsstellung zum BPT andere Fristen (vier Wochen) gelten als für den LPT. Soweit die Bundessatzung (§ 2, Abs. 3 zumindest widersprüchlich bzw. deutungsüberdehnfähig! & insofern konfliktbeladen formuliert ist (Doppelmitgliedschaft ja, ...ABER nein, wenn andere Organisationen/Parteien konkurrierende, anders lautende Ziele verfolgen,)

...ist zumindest via GO beim nächsten LPT zur Ausübung des Stimmrechtes durch die Doppel-Mitglieder! zu beantragen, dass sie nachzuweisen, haben, dass sie nach freiem Ermessen entscheiden können & Entscheidungen nicht aus Gewissens-/Loyalitätskonflikt gegenüber Dritten zu treffen sind/getroffen werden.

Klingt schräg, führt aber eindrucksvoll das Dilemma vor Augen, was die Doppel-Mitgliedschaft bewirken kann bei nicht auszuschließendem, so negativem, parteischädigendem Verhalten gegenüber den Piraten: Dort, wo Ermessensausübung nicht frei erfolgen kann, vor dem Hintergrund konkurrierender Inhalte zweier Parteien & weiter

aufgrund datenschutzrechtlichen Überlegungen nicht einmal prinzipiell zu klären ist bzw. rechtliche Handhabe besteht, festzustellen, wer ggfs. aus anderen als persönlichen Gründen nicht seiner Gewissens-/Ermessensfreiheit folgen kann!

Die Befassung auf dem LPT 2016.1. erscheint schon insofern als dringliches Anliegen wie (s. o.) er zur Erweiterung in die Diskussion um den Satzungsänderungsantrag SÄA 013 auf dem BPT in Lampertheim eine Woche später eingebracht werden kann.

Der Text ist für die Veröffentlichung im Netz auf der Seite LPT 2016.1 freigegeben!

Budenheim, den 28. Januar 2016

 Andreas Terboven